

In der Zwickmühle

Dominique Spirgi

Der Verband Kultur Baselland sucht nach einer Vernehmlassungsantwort zum neuen Kulturvertrag zwischen den beiden Basel.

Der Kanton Baselland hat seine rigorosen Mittelkürzungen beim Kulturvertrag – der Kanton wollte die Summe auf die Hälfte eindampfen – zwischen den beiden Basel zurückgenommen. Ab 2022 will der Kanton 9,6 Millionen Franken pro Jahr an kulturelle Zentrumsleistungen in Basel-Stadt zahlen. Das ist zwar weniger als die aktuell noch etwas über 10 Millionen. Weil Baselland aber die Subventionierung des Hauses der elektronischen Künste und des Rockfördervereins künftig ins reguläre Kantonsbudget übertragen will, dürfte der künftige Betrag unter dem Strich in etwa gleichbleiben.

Liestal wollte die Sparschraube ursprünglich aber nicht nur beim Kulturvertrag, sondern auch bei den Projektbeiträgen und Institutionen auf eigenem Terrain anziehen. Massiv gekürzt wurden u. a. die Mittel für den Baselbieter Kunstkredit, nämlich von 190'000 auf 100'000 Franken. Weil die Baselbieter Kunstschaffenden sich in der Folge vermehrt in der Stadt um Beiträge bewarben, geriet der Basler Kunstkredit «unter Druck», wie der Kanton Basel-Landschaft in der Kulturvertrags-Vorlage an den Landrat selbstkritisch feststellt.

Spar-Spagat.

Die Selbstkritik geht freilich nicht so weit, dass der Kanton nun die Kürzungen ganz zurücknimmt. Immerhin rang er sich dazu durch, den Kredit wieder um 50'000 Franken anzuheben. Gleichzeitig will der Kanton aber Beiträge an diverse andere Fachkredite und ans Roxy in Birsfelden und ans Kunstraum Salts in Birsfelden künftig ordentlich subventionieren.

Warum aber nicht mehr Geld für den Kunstkredit? «Das ist das Verhandlungsergebnis», lautet die ausweichende Antwort der Baselbieter Kulturbeauftragten Esther Roth. Sie

sagte dies an einer Veranstaltung des Verbands Kultur Baselland (VKBL), der in Sissach zu einem Workshop eingeladen hatte, mit dem Ziel, eine Vernehmlassungsantwort zur Kulturvertragsvorlage auszuarbeiten. Die Politaktivistin Michèle Meyer hatte vor dem Versammlungslokal ihr stetig wachsendes «Hungertuch»-Patchwork ausgebreitet, über das die rund 30 Anwesenden treten mussten.

Diplomatie gefragt.

Die Kulturschaffenden sehen sich nun etwas in der Zwickmühle. Auf der einen Seite gilt es anzuerkennen, dass das Worst-Case-Szenario der rigorosen Sparmassnahmen abgewendet werden konnte – zumindest, was die kulturellen Zentrumsleistungen und die institutionellen Angebote angeht. Bei der Förderung von Projekten auf eigenem Kantonsgebiet bleiben aber nach wie vor Wünsche offen. Dies brachte u. a. die Künstlerin Sandra Knecht zur Sprache. So erfreulich es auch sei, dass der Kunstraum Salts jetzt Subventionen erhalte, so bedauerlich sei es, dass bei der Projektförderung in der bildenden Kunst nach wie vor gespart werde, sagte sie.

Die Aufgabe des VKBL ist es nun, eine spartenübergreifende Vernehmlassungsantwort zu verfassen. Da dürfte nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand ...» auch etwas Diplomatie gefragt sein, denn der neue Kulturvertrag ist noch lange nicht unter Dach und Fach. Im Landrat wäre eine Vierfünftel-Mehrheit Bedingung, um die Vorlage ohne Volksabstimmung verabschieden zu können – und diese ist nicht gesichert. Also wird es wohl letztlich darum gehen, die StimmbürgerInnen zu überzeugen. Und mit rigorosen Zusatzforderungen wird dies kaum möglich sein. – Bis Mitte März will der Verband Stellung nehmen.

www.vkbl.ch

Michèle Meyer, «Hungertuch»-Patchwork, Foto: Martin Burr

